

Rahmenvertrag zur Wärmeversorgung der Projektgebiete Wilhelmsburger Rathausviertel, Elbinselquartier und Spreehafenviertel (Hamburg - Wilhelmsburg)

Zwischen der

Freie und Hansestadt Hamburg,

vertreten durch

die IBA Hamburg GmbH, Am Zollhafen 12, 20539 Hamburg, vertreten durch [REDACTED]
[REDACTED], ebenda

- im Weiteren: „FHH“

und der

Hamburg Energie GmbH

Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg

vertreten durch [REDACTED], ebenda

- im Weiteren: „Versorgungsunternehmen“

wird Folgendes vereinbart:

Präambel

(1) Die FHH beabsichtigt, in den Projektgebieten Wilhelmsburger Rathausviertel, Elbinselquartier und Spreehafenviertel vier neue städtische Quartiere zu entwickeln. Das Entwicklungsgebiet umfasst eine Fläche von ca. 100 ha mit einer Wohnbebauung von rund 4.900 Wohneinheiten nebst Gewerbe und Einzelhandel auf einer Fläche von rund 611.000 m² (BGF) über die vier Quartiere. Hinzu kommen private Flächen mit einem perspektivischen Entwicklungspotenzial auf Basis des neuen Planungsrechtes von rund 169.500 m² (BGF). Die Entwicklung dieser Flächen wird deutlich langsamer ablaufen. Eine Wärmeversorgung im Rahmen der Konzession ist nur für ggf. entstehenden Neubauten sicherzustellen.

(2) Im Sinne des Klimaschutzes und der Einsparung von Energie sollen in den vier Quartieren die Potenziale für ein umweltverträgliches, nachhaltiges Bauen und Wohnen und eine ressourcenschonende Energieversorgung genutzt werden. Die FHH betraut das Versorgungsunternehmen mit der Errichtung der Wärmeversorgungsanlagen und der Vollversorgung eines Teilgebiets mit Wärme im Rahmen einer Dienstleistungskonzession. Grundlage der Wärmeversorgung ist ein technisch abgestimmtes Konzept, das basierend auf den Vorgaben der Vergabeunterlagen im anschließenden Verhandlungsverfahren entwickelt wurde und das mit diesem Vertrag sowie seinen Anlagen festgelegt wird.

(3) Die Partner sind sich darüber einig, dass im Entwicklungsgebiet eine preiswerte und sichere Wärmeversorgung gewährleistet werden soll, die in besonderem Maße ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt. Die Versorgung der Kunden erfolgt über ein Leitungsnetz. Dabei ist angestrebt, eine geschlossene, einheitliche Wärmeversorgung durchzuführen.

(4) Durch den hier vorliegenden Vertrag werden die Grundlagen der Wärmeversorgung in dem Entwicklungsgebiet verbindlich geregelt, soweit Regelungen zum derzeitigen Zeitpunkt möglich sind. Den Partnern ist bewusst, dass in diesem Vertrag noch nicht sämtliche notwendigen Regelungen getroffen werden können. Sie werden daher entsprechend dem Planungs- und Baufortschritt ergänzende Vereinbarungen abschließen, soweit dies erforderlich ist.

(5) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister der FHH veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Der Vertrag wird daher erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam (§ 10 Abs. 2 HmbTG). Die FHH kann sich während dieser Zeit vom Vertrag lösen (vgl. § 9.3 dieses Vertrages).

§ 1 Konzessionsgebiet, Versorgungszeitraum

Das Konzessionsgebiet umfasst die entsprechend in den Bebauungsplänen Wilhelmsburg 91 (Rathausviertel), Wilhelmsburg 99 (Elbinselquartier Süd) und 100 (Elbinselquartier Nord), und Wilhelmsburg 102 (Spreehafenviertel) gekennzeichneten Quartiere in Hamburg-Wilhelmsburg. Ein Plan des Konzessionsgebietes ist Teil dieses Vertrages (Anlage 1). Das Versorgungsunternehmen verpflichtet sich, die Anlagen zur Erzeugung und Verteilung der Wärme im Entwicklungsgebiet nach dem technischen Konzept (Anlage 2) auf eigene Kosten zu errichten und bis zur Beendigung dieses Vertrages zu betreiben. Das Versorgungsunternehmen gewährleistet die Vollversorgung von Wärmeabnehmern in jedem Quartier des Konzessionsgebietes für 15 Jahre ab Versorgungsbeginn, jedenfalls aber ab dem [REDACTED]. Das Versorgungsunternehmen wird der FHH den Versorgungsbeginn verbindlich schriftlich mitteilen.

§ 2 Technologien zur Wärmeerzeugung

2.1 Die technische Ausführung der Wärmeerzeugungsanlagen ist in dem Technischen Konzept, welches das Versorgungsunternehmen im Rahmen seines Angebotes erstellt hat und das während

des Vergabeverfahrens abgestimmt wurde, beschrieben. Das Technische Konzept liegt diesem Vertrag bei (Anlage 2). Das Versorgungsunternehmen steht dafür ein, dass das Technische Konzept technisch und rechtlich umgesetzt werden kann. Alle erforderlichen Genehmigungen wird das Versorgungsunternehmen beschaffen.

- 2.2 Das Versorgungsunternehmen verpflichtet sich, das Technische Konzept auf eigene Kosten dem jeweiligen von der FHH mitgeteilten Planungsstand anzupassen. Dasselbe gilt, wenn technische Entwicklungen eine Verbesserung des Technischen Konzepts möglich machen und FHH deshalb eine Anpassung des Technischen Konzepts für die noch nicht errichteten Anlagen verlangt. Hat das Versorgungsunternehmen bereits Versorgungsanlagen errichtet, die nach dem angepassten, Technischen Konzept nicht mehr benötigt werden, wird das Versorgungsunternehmen diese Versorgungsanlagen auf eigene Kosten unter Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Oberflächen und Gebäude zurückbauen. Dies gilt nicht, wenn dies für das Versorgungsunternehmen unwirtschaftlich wäre.
- 2.3 Die Vertragsparteien können das Technische Konzept nach Vertragsschluss einvernehmlich ändern, wenn das Technische Konzept aus tatsächlichen, technischen, rechtlichen oder ökologischen Gründen die mit dem Vergabeverfahren verfolgten (in den Wertungskriterien wiedergegebenen) Ziele nicht erreichen kann.

§ 3 Standorte der Wärmeerzeugungsanlagen

- 3.1 Als Standort der Wärmeerzeugungsanlage ist das in Anlage 1 ausgewiesene Grundstück vorgesehen. Eventuell wird hierzu eine Fläche von [REDACTED] in einem Kellergeschoss in einem neu zu errichtenden Gebäude vorgehalten. Alternativ würde die FHH dem Versorgungsunternehmen eine Fläche zur Nutzung andienen. Die Details zur Überlassung der Fläche werden gesondert, jedoch zeitgleich, zwischen dem Gebäudeeigentümer und dem Versorgungsunternehmen vereinbart und sind nicht Bestandteil dieses Rahmenvertrages. Für ggf. zusätzlich benötigte Flächen wird das Versorgungsunternehmen mit den Nutzungsberechtigten/Eigentümern von in Frage kommenden Grundstücken frei nach Marktbedingungen verhandelte Verträge über die Gebrauchsüberlassung geeigneter Flächen abschließen. Für den Fall des Erwerbs von Flächen durch das Versorgungsunternehmen von der FHH wäre der Verkehrswert der zu erwerbenden Grundstücke maßgeblich.
- 3.2 Die FHH wird innerhalb ihres Grundstückskaufvertrages für das als Standort der Wärmeerzeugungsanlage in Anlage 1 ausgewiesene Grundstück dessen Käufer verpflichten, dem Versorgungsunternehmen die Errichtung und den Betrieb der Wärmeerzeugungsanlage nach diesem Vertrag zu gestatten sowie die Eintragung einer entsprechenden rangbereiten beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu bewilligen und zu beantragen.

§ 4 Entwicklung des Wärmebedarfs/Provisorische Anlagen

- 4.1 Den Partnern ist bekannt, dass der Zeitpunkt des Versorgungsbeginns sowie die Entwicklung der Wärmeabnahme derzeit noch nicht endgültig definiert werden können. Die FHH informiert das Versorgungsunternehmen jährlich über aktuelle Prognosen der Gebietsentwicklung. Den Partnern ist jedoch auch bekannt, dass die Prognosen hinsichtlich der absoluten Höhe wie auch hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung des Wärmebedarfs zwar die derzeitige Planungsgrundlage des Versorgungsunternehmens bilden, jedoch unverbindliche Schätzungen darstellen.
- 4.2 Sollte die von der FHH jeweils geforderte Kundenvollversorgung nicht von vornherein zu wirtschaftlichen Bedingungen durch die geplanten Wärmeerzeugungsanlagen möglich sein, kann das Versorgungsunternehmen vorübergehende provisorische Lösungen auch über mehrere Jahre einsetzen und einen stufenweisen Ausbau der Wärmeversorgungsanlagen vornehmen.
- 4.3 Sollten einer provisorischen Versorgung gesetzliche Bestimmungen, z. B. aus dem Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG), zunächst entgegenstehen, so werden die Vertragsparteien gemeinsam eine für alle Seiten vertretbare Lösung entwickeln.
- 4.4 Können die bei einem stufenweisen Ausbau notwendigen provisorischen Anlagen nicht auf dem endgültigen Standort der Wärmeerzeugungsanlage (§ 3) untergebracht werden, müssen diese auf anderen geeigneten Standorten in Trassennähe vorübergehend aufgestellt werden. Die FHH wird für notwendige provisorische Versorgungen geeignete Standorte zur Verfügung stellen. Die möglichen Standorte sind im Rahmen der konkreten Planung über die Verlegung der Leitungstrassen abzustimmen und müssen so rechtzeitig zur Verfügung stehen, dass jede notwendige provisorische Versorgung durchgeführt werden kann.
- 4.5 Das Versorgungsunternehmen gewährleistet die Vollversorgung von Wärmeabnehmern im Konzessionsgebiet entsprechend § 1, unabhängig von den gewählten provisorischen Lösungen und dem Stand der Realisierung des Entwicklungsgebietes. Die FHH wird das Versorgungsunternehmen jeweils rechtzeitig über den Verkauf von Grundstücken informieren, um ausreichende Planungs- und Durchführungszeiten entsprechend dem Lageplan (Anlage 1) zu ermöglichen.
- 4.6 Bei gravierenden Abweichungen von den Planungszahlen der technischen Erläuterung (Anlage 3) kann das Versorgungsunternehmen von dem ursprünglichen Wärmeversorgungskonzept abweichen, soweit die energierelevanten Festsetzungen des Bebauungsplans eingehalten werden. Gravierende Abweichungen von den Planzahlen der technischen Erläuterung liegen vor, wenn der Wärme- und/oder Leistungsbedarf im Endausbau die Planungszahlen nach Anlage 3 (Abschnitt 1.2) um 30% über- oder unterschreitet. Mit der alternativen technischen Konzeption ist ein vergleichbar hoher ökologischer Standard zu entwickeln, den das ursprüngliche Konzept vorsah. Das Versorgungsunternehmen wird dann für Lösungen Sorge tragen, die in städtebaulicher und gestalterischer Hinsicht gleichwertig sind und diesbezüglich die Änderungen mit der FHH abstimmen. Das Versorgungsunternehmen stellt sicher, dass hinsichtlich der Sicherheit der Ver-

sorgung eine anderweitige Lösung gleichwertig ist. Im Fall einer gravierenden negativen Abweichung der Planungszahlen ist das Versorgungsunternehmen berechtigt, die Wärmepreise anzupassen. Preisobergrenze sind die Vollkosten einer Einzelversorgung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen (Brennwertkessel, Erdgas, solarthermische Unterstützung). Das Versorgungsunternehmen wird der FHH und den Wärmekunden die Angemessenheit der Preisanpassung durch prüffähige Unterlagen nachweisen.

§ 5 Sicherung des Leitungsnetzes in öffentlichen Verkehrsräumen

- 5.1 Die notwendigen Versorgungsleitungen können, sofern technisch möglich, in öffentlichen Wegen in der Baulast Hamburgs untergebracht werden. Die näheren Einzelheiten der Wegenutzung sind Gegenstand eines gesonderten Vertrages nach § 19 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes, vgl. Anlage 4 zu diesem Vertrag. Zwischen den Vertragsparteien besteht Einvernehmen darüber, dass, soweit die Leitungen in künftigen Wegeflächen verlegt werden, das Versorgungsunternehmen die Bestimmungen des Sondernutzungsvertrages über die Errichtung der Leitungen unabhängig vom Eintritt der aufschiebenden Bedingungen der Widmung nach § 6 Hamburgisches Wegegesetzes beachten wird.
- 5.2 Behördliche Genehmigungen, die üblicherweise zur Verlegung der Leitungstrassen notwendig sind, beantragt das Versorgungsunternehmen.

§ 6 Sicherung des Leitungsnetzes auf Grundstücken Dritter

Die FHH wird während der Laufzeit des Vertrages Grundstückskaufverträge mit Dritten nur dann abschließen, wenn diese dem Versorgungsunternehmen gestatten, die Grundstücke zum Betrieb von Leitungen zu benutzen, soweit dies nach dem verbindlichen Leitungsplan (Anlage 5) erforderlich ist. Die FHH wird innerhalb ihrer Grundstückskaufverträge diejenigen Grundstückskäufer verpflichten, die Eintragung einer rangbereiten beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zu bewilligen und zu beantragen, bei deren Grundstücken es sich um Hausanschlussleitungen handelt, die auch der Versorgung Dritter dienen.

§ 7 Sicherung des Konzessionsgebietes, Wärmelieferungspreise

- 7.1 Die derzeit im Eigentum der FHH stehenden Grundstücke im Versorgungsgebiet sollen durch das Versorgungsunternehmen auf der Grundlage eines Wärmeliefervertrages (Anlage 6) ab dem Zeitpunkt der jeweils ersten Wärmelieferung des jeweils zu versorgenden Grundstücks mit Wärme versorgt werden. Da die Grundstücke jedoch von der FHH vor Beginn der Wärmelieferungen an Grundstücksnutzer veräußert oder innerhalb der FHH übertragen werden, wird der jeweilige Wärmelieferungsvertrag unmittelbar zwischen dem Versorgungsunternehmen und den jeweiligen (künftigen) Grundstückseigentümern geschlossen.

- 7.2 Die Partner beabsichtigen, dass ein geschlossenes Konzessionsgebiet entsteht. Zu diesem Zweck wird die FHH Grundstückskaufverträge nur abschließen, wenn der Erwerber mit dem Versorgungsunternehmen einen Wärmeliefervertrag abschließt, der dem in Anlage 6 beigefügten Vertragsmuster in seinen Konditionen entspricht.
- 7.3 Im Konzessionsgebiet gelten einheitlich die sich aus dem beigelegten Vertragsmuster des Wärmeliefervertrages (Anlage 6) ergebenden Hausanschlusskosten und Wärmepreise. Der Wärmeliefervertrag ist Bestandteil dieses Rahmenvertrages.
- 7.4 Das Versorgungsunternehmen wird die Preisbildung gegenüber den Wärmeabnehmern nur entsprechend der Anpassungsklausel des Wärmelieferungsvertrags vornehmen, es sei denn, es liegt ein Fall des § 4 Abs. 6 vor. Auf Verlangen der FHH sind die Grundlagen der Preisbildung und die hierfür notwendigen Unterlagen der FHH für den Fall zur Verfügung zu stellen, in dem diese seitens der FHH im Rahmen einer Überprüfung erforderlich sind, jedoch auf den Umfang begrenzt, der für die zu klärenden Fragen relevant ist.
- 7.5 Über eine Befreiung vom Gebot des Anschlusses und der Benutzung eines Wärmenetzes in den noch zu erlassenden Bebauungsplänen (Anlage 1), wenn im Einzelfall besondere Umstände zu einer unbilligen Härte führen würden, entscheidet die FHH nach Anhörung des Versorgungsunternehmens.

§ 8 Kostentragung

Die Kosten für die Verlegung bzw. die Errichtung oder den Einbau, den Betrieb und die Wartung der Wärmeversorgungsanlagen trägt das Versorgungsunternehmen. Für die Benutzung der öffentlichen Wege gelten die Bestimmungen des gesondert abzuschließenden Sondernutzungsvertrages (Anlage 4).

§ 9 Vertragsdauer, Kündigung

- 9.1 Dieser Vertrag endet mit Ablauf der ersten Laufzeit des Wärmeliefervertrages mit dem Erwerber des letzten zu veräußernden Grundstücks im Versorgungsgebiet. Die ordentliche Kündigung des Vertrages ist ausgeschlossen. Das Kündigungsrecht nach § 313 Abs.3 S.2 BGB bleibt unberührt.
- 9.2 Beide Vertragsparteien sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund für beide Vertragsparteien liegt insbesondere vor, wenn sich nachträglich herausstellt, dass das technische Konzept aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann. Eine Kündigung aus wichtigem Grund ist auf Seiten des Versorgungsunternehmens insbesondere zulässig, wenn

- (a) es das Recht zum Betrieb der Wärmeerzeugungsanlage verliert;

- (b) wenn 10 Jahre nach Vertragsschluss weniger als 50 % der geplanten Wohneinheiten fertig gestellt sind; in diesem Fall hat die Kündigung mit einer Frist von einem Jahr zu erfolgen und wird nur unter der Voraussetzung des § 12 wirksam.

Eine Kündigung aus wichtigem Grund auf Seiten der FHH ist insbesondere zulässig, wenn

- (c) die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Versorgungsunternehmen beantragt wird und der Antrag nicht offensichtlich unbegründet ist;
- (d) das Versorgungsunternehmen abweichend von der vorgesehenen Preisanpassungsklausel (Anlage 6) überhöhte Preise verlangt;
- (e) das Versorgungsunternehmen schuldhaft gegen sonstige Verpflichtungen aus diesem Vertrag verstößt.
- (f) sich herausstellen sollte, dass das Versorgungsunternehmen Personen, die auf Seiten der FHH mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (§§ 331 ff. StGB) anbietet, verspricht oder gewährt oder solche Handlungen begangen hat. Handlungen des Versorgungsunternehmens stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Versorgungsunternehmens mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder waren;
- (g) sich herausstellen sollte, dass das Versorgungsunternehmen aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt,
- (h) eine Kündigung nach § 133 GWB aus den dort genannten Gründen zulässig sein sollte.

Eine Kündigung in den Fällen d) und e) kann nur unter den Voraussetzungen des § 314 Abs. 2 und des § 323 Abs. 2 BGB erfolgen / wirksam werden.

- 9.3 Die FHH kann binnen eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der FHH nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen und ein Festhalten am Vertrag für die FHH unzumutbar ist.

§ 10 Haftung

Das Versorgungsunternehmen bzw. seine Erfüllungsgehilfen haften aufgrund dieses Vertrages nur für Schäden, die auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung des Versorgungsunternehmens, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. Bei einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, die nicht auf Versorgungsstörungen beruhen, haftet das Versorgungsunternehmen darüber hinaus auch dann, wenn diese auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Versorgungsunternehmens oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Versorgungsunternehmens beruhen. Für Schäden, die nicht auf Versorgungsstörungen beruhen, aber durch die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht des Versorgungsunternehmens verursacht wurden, haftet das Versorgungsunternehmen nur dann, wenn das Versorgungsunternehmen, ein gesetzlicher Vertreter oder ein Erfüllungsgehilfe diese fahrlässig oder vorsätzlich verursacht hat. Ansprüche der FHH aus öffentlichem Recht oder aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen bleiben hiervon unberührt.

§ 11 Abwicklung

- 11.1 Bei Beendigung – auch einer vorzeitigen Beendigung – des Rahmenvertrages, gleich aus welchem Rechtsgrund, ist die FHH berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Wärmeversorgungsanlagen (insbesondere das Leitungsnetz und die Erzeugungsanlage(n)), das Grundstück sowie sonstige betriebsnotwendige Gegenstände und das Leitungskataster für die FHH oder das von der FHH benannte Nachfolgeunternehmen gegen Zahlung eines Entgelts (bilanzieller Restbuchwert) zu erwerben. Ferner wird das Versorgungsunternehmen der Übertragung der Dienstbarkeiten zustimmen, die dazu berechtigen, fremde Grundstücke für Leitungen zu benutzen.
- 11.2 Das für die in Absatz 1 Satz 1 genannten Gegenstände zu entrichtende Entgelt wird – wenn sich die Vertragsparteien nicht anders einigen – durch einen von der Handelskammer Hamburg zu benennenden Sachverständigen bestimmt.
- 11.3 Das Versorgungsunternehmen ist darüber hinaus verpflichtet, der FHH bzw. den von ihr benannten Dritten nach Eingang der Kündigung alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Ausübung des Übernahmerechts oder für die Entscheidung, ob dieses ausgeübt werden soll, erforderlich sind.
- 11.4 Die bestehenden Wärmeversorgungsverträge bleiben durch die Beendigung des Rahmenvertrages unberührt und gehen auf die FHH oder das von der FHH benannte Nachfolgeunternehmen über (§ 32 Abs. 5 AVBFernwärmeV).
- 11.5 Während der letzten zwei Jahre vor Ablauf des Vertrages darf das Versorgungsunternehmen Maßnahmen, die über die normale Führung und Erweiterung des Betriebes hinausgehen und die Auswirkungen auf die mögliche Übernahme nach den vorstehenden Absätzen haben, nur in Abstimmung mit der FHH treffen. Innerhalb dieser Zeit darf es den Bestand der zu übernehmenden

Gegenstände nicht durch unsachgemäße Geschäftsführung verschlechtern. Die Möglichkeit der Fortführung der Versorgung zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrages ist zu gewährleisten.

§ 12 Endschaft nach Kündigung durch das Versorgungsunternehmen

Bei Kündigung durch das Versorgungsunternehmens hat dieses der FHH alsbald, spätestens 3 Monate nach der Kündigung, ein geeignetes und bereites Nachfolgeunternehmen zu benennen, das in die Verpflichtungen aus diesem Rahmenvertrag eintritt. § 13 Satz 4 gilt entsprechend. Geeignet ist ein Versorgungsunternehmen, wenn sichergestellt und in geeigneter Form nachgewiesen ist, dass das Nachfolgeunternehmen in gleicher Weise wie das Versorgungsunternehmen über die personelle, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügt und somit die Erfüllung der vertraglichen Pflichten, insbesondere der ordnungsgemäße Betrieb des Wärmenetzes, gewährleistet bleibt. § 11 Absatz 1 Satz 2 und Absätze 3 bis 5 gelten sinngemäß.

§ 13 Rechtsnachfolge

Die FHH ist berechtigt, ihre Vertragsposition ganz oder teilweise auf ein Unternehmen zu übertragen, an welchem die FHH unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Das Versorgungsunternehmen ist seinerseits berechtigt, die Rechte aus diesem Vertrag an ein verbundenes Unternehmen zu übertragen, sofern sichergestellt ist, dass dieses in gleicher Weise wie das Versorgungsunternehmen über die personelle, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügt und somit die Erfüllung der vertraglichen Pflichten, insbesondere der ordnungsgemäße Betrieb des Wärmenetzes, gewährleistet bleibt. Die Parteien werden einander hierüber jeweils schriftlich in Kenntnis setzen. Im Übrigen ist das Versorgungsunternehmen nur berechtigt, die Rechte aus diesem Vertrag an Dritte zu übertragen, wenn die FHH oder ihr Rechtsnachfolger (Satz 1) vorher schriftlich die Zustimmung erteilt hat.

§ 14 Sonstige Bestimmungen

Die folgenden Anlagen zu diesem Vertrag sind Bestandteil des Vertrages:

Anlage 1: Plan der Versorgungsgebiete Wilhelmsburger Rathausviertel, Elbinselquartier und Spreehafenviertel

Anlage 2: Technisches Konzept des Versorgungsunternehmens

Anlage 3: Leistungsbeschreibung

Anlage 4: Sondernutzungsvertrag (Entwurf)

Anlage 5: Leitungsplan

Anlage 6: Wärmeliefervertrag (des Versorgungsunternehmens)

Anlage 6.1: Technische Anschlussbestimmungen

Anlage 6.2: Preisliste

Anlage 6.3: Primärenergiefaktor

Anlage 6.4: AVBFernwärmeV (aktuelle Fassung)

§ 15 Schlussbestimmungen

15.1 Nebenabreden bestehen nicht.

15.2 Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform, dies gilt auch für deren Abbedingung.

15.3 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung soll eine Bestimmung gelten, die in rechtlich zulässiger Weise dem wirtschaftlich Gewollten möglichst nahe kommt.

15.4 Es gilt deutsches Recht.

15.5 Als Gerichtsstand vereinbaren die Parteien Hamburg.

15.6 Soweit die Voraussetzungen des § 313 BGB vorliegen, werden die Parteien gemeinsam nach einer Lösung suchen und den Vertrag den veränderten Umständen anpassen.

Für Freie und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 



Für Hamburg Energie

Hamburg, den

